

Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss	05.11.2024
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	705/2024-11
Stand	17.10.2024

Betreff Ergebnis Runder Tisch LKW-Parken im Gewerbegebiet Bornheim-Süd

Sachverhalt

Die Stadtverwaltung Bornheim und die Unternehmen im Gewerbegebiet Bornheim-Süd und an der Raiffeisenstraße arbeiten seit längerem konstruktiv zusammen, um die Herausforderungen des LKW-Verkehrs zu bewältigen. Gemeinsam haben sie Maßnahmen ergriffen, um die Verkehrsbelastung zu reduzieren und legale sowie sichere Parkmöglichkeiten für LKW-Fahrer*innen zu schaffen.

Bei der Neuansiedlung von Unternehmen fordert die Verwaltung bei den Nutzungskonzepten und Baugenehmigungen die Schaffung von ausreichenden Stellplätzen. In bestimmten Gebieten sind die Firmen schon seit Jahrzehnten angesiedelt, dynamisch gewachsen und die Stellplatzproblematik hat sich im Rahmen der international zunehmenden Warenströme entwickelt. Auch hier fordert die Verwaltung bei Erweiterungen betriebliche Verkehrskonzepte, Lärmschutzgutachten und Stellplätze gemäß baurechtlicher Vorgaben.

Bei einem Runden Tisch mit Vertreter*innen der ansässigen Firmen, dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung wurden die bisherigen Maßnahmen evaluiert und weitere erörtert. Die Stadtverwaltung hat bereits Schritte unternommen, um den öffentlichen Straßenraum zu entlasten. Dabei handelt es sich um folgende Maßnahmen und Planungen.

- Einrichtung von Park- und Halteverbotszonen in der Raiffeisenstraße, um legale LKW-Stellplätze anzubieten und Zufahrtswege freizuhalten.
- Prüfung von weiteren Park- und Halteverbotszonen auf weitere Bereich in dem Gebiet.
- Aufbringung von Markierungen auf den Stellplätzen in den nächsten Monaten, um die Orientierung für LKW-Fahrer*innen zu verbessern.
- Verkehrslenkungsmaßnahmen werden untersucht, um den Verkehrsfluss zu optimieren und Staus zu vermeiden, beispielsweise durch eine Einbahnstraßenregelung.
- Installation von Flexpollern in den nächsten Monaten, um Gehwege freizuhalten.
- Verstärkung der Kontrollen im Gewerbegebiet.
- Neue Unternehmen werden durch die Wirtschaftsförderung für das Thema sensibilisiert, um mehr LKW-Stellplätze auf ihren Geländen auszuweisen. Einige Unternehmen planen bereits Ruhe- und Sanitärräume für Fahrer*innen.

- Die Stadt beabsichtigt, ein Verkehrskonzept für das Gewerbegebiet zu erstellen, um die LKW-Verkehrsströme zu analysieren und den genauen Bedarf an Verkehrslenkung und Stellplätzen zu ermitteln. Das Konzept liefert damit die Datengrundlage für neue Ansiedlungen und Erweiterungen.

Auch die ansässigen Firmen arbeiten an der Lösung der LKW-Problematik. So hat ein Unternehmen bereits ein umfassendes Verkehrskonzept für sein Betriebsgelände entwickelt und ergänzt dies durch ein Lärmgutachten, um den LKW-Verkehr zu lenken. Ein anderes Unternehmen hat kostenlose und vermietete Stellplätze sowie sanitäre Einrichtungen für Fahrer*innen geschaffen. Illegales Parken im Rosental soll durch bauliche Maßnahmen in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung verhindert werden.

Die ansässigen Unternehmen haben die von ihnen beauftragten Speditionen aufgefordert, sich an die Regelungen zu halten und keine LKW unzulässig im öffentlichen Raum abzustellen. Auch werden unzulässig abgestellte LKW direkt von den Firmen vor Ort angesprochen und aufgefordert, einen zulässigen Stellplatz anzufahren.

Die Stadtverwaltung und die Unternehmen haben sich auf gemeinsame Maßnahmen verständigt, darunter die Prüfung von Flächenpotenzialen für zusätzliche LKW-Stellplätze im Stadtgebiet und die mögliche Umgestaltung von Grünstreifen zu Abstellflächen. So soll zum Beispiel auch die Reaktivierung des Rastplatzes „Im Eichkamp“ an der A555 überlegt werden. Auch die Schaffung einer Zufahrtskontrolle und Bewirtschaftung der LKW-Stellplätze wird erwogen, um eine gezielte Nutzung durch berechtigte LKWs sicherzustellen. Dies ist allerdings eine komplexe Aufgabe, damit es nicht dazu kommt, dass das Abstellen von LKW, die nicht im Auftrag der ansässigen Firmen fahren, in Bornheim noch attraktiver wird.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Lösung der LKW-Verkehrsproblematik nur durch engen Dialog zwischen Stadt und Unternehmen, die die Verkehre verursachen, möglich ist. Die Bereitstellung ausreichender LKW-Stellplätze und die Schaffung eines geregelten Verkehrsflusses erfordern langfristige Planung und enge Zusammenarbeit. Auch sind hier überregionale und landesweite Lösungen erforderlich, da die Stellplatzproblematik bundesweit zu beobachten ist.

Die regelmäßigen Abstimmungen zwischen Verwaltung und den Akteuren werden fortgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ keine finanziellen Auswirkungen (haushaltsneutral)	☐ finanzielle Auswirkungen:
☒ Maßnahme ergebniswirksam (konsumtiv)	☐ Maßnahme/Projekt (investiv)
Produktgruppe: _____	Projekt-Nr. 5.000. _____
Aufwendungen/Auszahlungen lfd. Haushaltsjahr: _____	_____ EUR
Budget lfd. Haushaltsjahr:	
☐ ausreichend vorhanden	
☐ nicht vorhanden (Verweis Vorlage Mehrbedarf Nr. _____)	_____ EUR
Jährliche Folgeaufwendungen/-auszahlungen: ab/für Haushaltsjahr 20____:	_____ EUR
☐ Erträge/Einzahlungen: _____	Haushaltsjahr 20____: _____ EUR
☐ Maßnahme zuschuss-/förderfähig: Haushaltsjahr 20____:	_____ % / _____ EUR

Personalressourcen vorhanden: ☐ ja ☐ nein

Erläuterungen/Begründung: __Kosten für Markierungen, Flexpoller und Verkehrskonzept aktuell nicht bezifferbar.

Auswirkungen auf das Klima

1. Grundeinschätzung

- ☒ Mit dem Vorhaben ist keine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 3.
☐ Mit dem Vorhaben ist eine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 2.

2. Klima-Test

Die mit dem Vorhaben verbundene klimarelevante Wirkung ist

- ☐ positiv
☐ negativ
→ weiter bei 3.

3. Begründung

Die geplanten baulichen Maßnahmen und Konzepte haben keine relevanten Auswirkungen.